

Dramatische Fehleinschätzung der Staatsregierung bei Studiengebühren und doppeltem Abiturjahrgang 2011:

FW: Hochschulfinanzierung ist Sache des Staates, nicht der Studenten / Für Abschaffung der Studienbeiträge statt Vergabe von teuren Stipendien an Einzelne

München (da). Die Staatsregierung gefährde mit ihren Fehleinschätzungen den Bildungsstandort Bayern auf unverantwortliche Weise, ist die Fraktion der Freien Wähler im Landtag überzeugt. Nicht nur der Irrglaube, die Planungen für den Abiturjahrgang 2011, wenn erstmals zwei Jahrgänge an die Universitäten drängen, sei bereits in trockenen Tüchern, sondern auch die überholte antisoziale Einstellung der CSU zu Studiengebühren zeugten von einer unverantwortlichen Blauäugigkeit. „Studienbeiträge sind nicht nur unsozial, sondern schrecken vom Studium ab und schaden damit dem Wirtschaftsstandort Bayern. Sie verlängern das Studium und haben die Lehre bisher erwiesenermaßen nicht verbessert“, so Prof. Dr. Michael Piazolo (München), hochschulpolitischer Sprecher der FW-Landtagsfraktion und Mitglied im Landtagsausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur. Anlässlich der morgigen Demonstrationen gegen Studiengebühren in Bayern in sechs bayerischen Städten spricht sich die Fraktion der Freien Wähler im Bayerischen Landtag erneut für eine Abschaffung der Studiengebühren aus.

Piazolo weiter: „Hochschulfinanzierung ist Sache des Staates und nicht der Studenten. Wenn man die Zahlen sieht, mit denen im Zuge der Finanzkrise derzeit jongliert wird, machen die Studienbeiträge mit 150 Mio. Euro nur einen verschwindend geringen Teil an den staatlichen Ausgaben aus.“ Für den einzelnen Studierenden und seine Familie aber seien 500 Euro pro Semester eine immense finanzielle Belastung. Dr. Hans-Jürgen Fahn (Erlenbach a. M.), Mitglied im Hochschulausschuss, unterstreicht darüber hinaus den gesellschaftlichen Wert der Bildung: „Studienbeiträge machen Bildung zur Ware und führen damit weiter in Richtung Ökonomisierung unseres Bildungssystems. Das Studium unterliegt immer mehr ökonomischen Kriterien.“ Dies widerspräche dem humanistischen Ideal von Bildung, dem sich die Freien Wähler verpflichtet fühlen. Statt, wie derzeit von der Staatsregierung diskutiert, ein teures staatlich finanziertes Stipendien-Programm zu schaffen, von dem nur Einzelne profitieren, sollten die Universitäten die Studienbedingungen verbessern sowie Raum für die Bildung von Persönlichkeit und Urteilskraft schaffen, so Fahn.

Pressereferentin der FW-Fraktion im Bayerischen Landtag
Daniela Abentung – Maximilianeum – 81627 München
Tel.: 089/4126-2931, Funk: 0173/9457437
daniela.abentung@fw-landtag.de